

26. Abgeordnete
Margit Stumpp
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird die Bundesregierung eine Beschwerde bei der türkischen Botschaft in der Bundesrepublik Deutschland einlegen, weil türkische Sicherheitsbeamte die Co-Vorsitzenden der türkischen Grünen, Eylem Tuncaelli und Naci Sönmez, trotz gültiger Visa und gültigen Pässen am 23. November 2018 die Ausreise nach Berlin verweigerten und ihnen ihre Pässe abnahmen (dpa-Meldung vom 23. November 2018, 14.42 Uhr)?

**Antwort des Staatsministers Niels Annen
vom 14. Januar 2019**

Der in der Frage dargestellte Vorgang ist der Bundesregierung bekannt. Die Bundesregierung verfolgt diese Fälle sehr aufmerksam und ist bemüht, die Hintergründe der Ausreisesperre aufzuklären. Weitere Schritte werden im Lichte neuer Erkenntnisse geprüft.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Wirtschaft und Energie**

27. Abgeordnete
Agnieszka Brugger
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Für wie lange gilt der von der Bundesregierung angekündigte Lieferstopp von Rüstungsgütern nach Saudi-Arabien (vgl. Ausschussdrucksache 19(9)234 des Ausschusses für Wirtschaft und Energie des Deutschen Bundestages), und wie viele genehmigte Lieferungen wurden seit Oktober 2018 gestoppt oder zurückgehalten (bitte Lieferungen und Genehmigungswert einzeln auflisten)?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Ulrich Nußbaum
vom 14. Januar 2019**

Die Bundesregierung erteilt derzeit keine neuen Genehmigungen für die Ausfuhr von Rüstungsgütern nach Saudi-Arabien. Darüber hinaus wirkt die Bundesregierung auf die Inhaber von gültigen Einzelgenehmigungen ein mit dem Ergebnis, dass aktuell grundsätzlich keine Ausfuhren von Rüstungsgütern von Deutschland nach Saudi-Arabien stattfinden.

Die Bundesregierung beobachtet und bewertet fortlaufend die Lage mit Blick auf Saudi-Arabien und die Region. Dabei wird sie sich mit ihren internationalen, vor allem ihren europäischen Partnern, eng abstimmen. Die Bundesregierung strebt dabei eine gemeinsame europäische Linie an.

Die entsprechenden Bewertungs-, Abstimmungs- und Entscheidungsprozesse der Rüstungsexportkontrolle unterfallen dem Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung. Die Auskunftspflicht der Bundesregierung beschränkt sich nach den Feststellungen des Bundesverfassungsgerichts in seinem Urteil vom 21. Oktober 2014 (BVerfGE 137, 185) für diesen Bereich des Regierungshandelns auf die Unterrichtung des Parlaments über abschließende positive Genehmigungsentscheidungen sowie die Eckdaten von genehmigten Ausfuhrvorhaben, d. h. Art und Anzahl der Rüstungsgüter, das Empfängerland und das Gesamtvolumen. Die Bundesregierung folgt den Vorgaben des Urteils und sieht von weitergehenden Auskünften ab. Dies schließt Auskünften zu laufenden Entscheidungsprozessen und möglichen zukünftigen Entscheidungen, sowie zu abgelehnten Genehmigungsanträgen oder möglichen Suspendierungen von erteilten Genehmigungen ein. Da Maßnahmen zur Unterbindung von Ausfuhrvorhaben erhebliche Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit und die vertraglichen Beziehungen der betroffenen Unternehmen haben, kommt dem Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen hierbei eine besondere Stellung zu.

28. Abgeordneter
Fabio De Masi
(DIE LINKE.)
- Welche Gründe haben den Minister für Wirtschaft und Energie bewogen, bis heute keinen Staatssekretär für Energie zu berufen?

**Antwort der Staatssekretärin Claudia Dörr-Voß
vom 11. Januar 2019**

Neuer Energiestaatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) wird Herr Andreas Feicht. Mit seinen bisherigen breiten und langjährigen Erfahrungen im Energie- und Verbändebereich übernimmt damit ein ausgewiesener Fachmann das Amt. Herr Feicht wird im BMWi die Zuständigkeit für die beiden Energieabteilungen übernehmen. Zu seiner Bestellung ist eine Kabinetttbefassung notwendig. Herr Feicht soll sein Amt umgehend nach der Kabinetttbefassung übernehmen.

29. Abgeordnete
Susanne Ferschl
(DIE LINKE.)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Höhe der Wirtschaftsförderung aus Europäischen Fonds an Fujitsu Deutschland, inklusive Tochterunternehmen, für den Zeitraum 2005 bis 2018, und wie hoch waren nach Kenntnis der Bundesregierung diese entsprechenden für das von der Schließung bedrohte Werk in Augsburg (Augsburger Allgemeine vom 31. Oktober 2018)?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Ulrich Nußbaum
vom 11. Januar 2019**

Die Bundesregierung geht davon aus, dass sich die Frage auf Förderungen aus dem Europäischen Regionalfonds (ERDF) bezieht. Dieser wurde bzw. wird in Deutschland im Zeitraum 2005 bis 2018 ausschließlich durch die Länder umgesetzt. Einzige Ausnahme war bis 2014 ein sektorales ERDF-Programm des Bundes zur Förderung der Verkehrsinfra-